

- 2 **Gender** Neue Perspektiven im Aufsichtsrat
- 3 **EU-Wahl** Votum für ein soziales Europa
- 4 **Euro** Wie die Währungsunion zu retten ist
- 6 **Private Equity** Gesundheitsbranche im Visier

EUROPA

Mindestlohn steigt fast überall

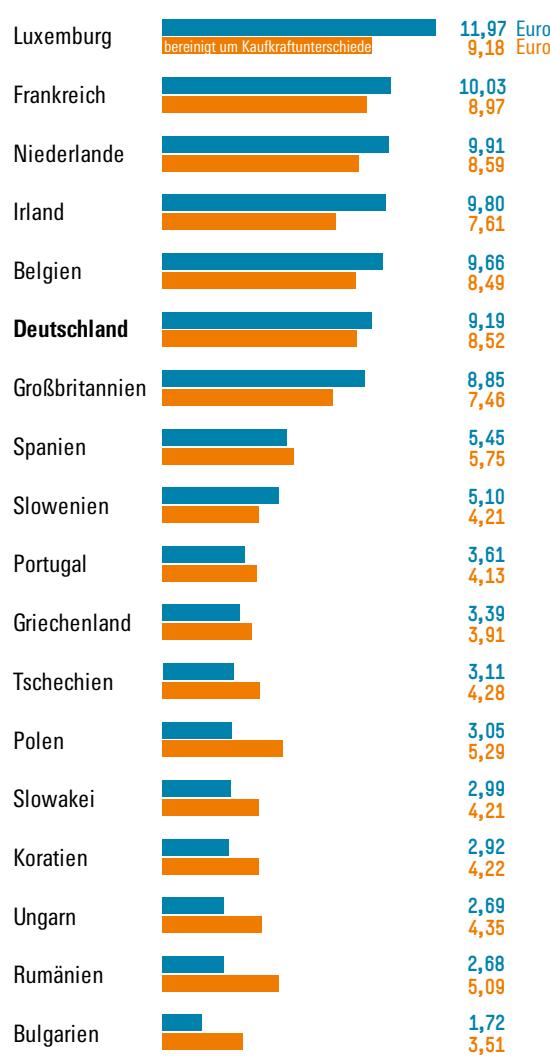
Die Mindestlöhne in der EU sind deutlich angehoben worden. Damit setzt sich der Trend hin zu einer dynamischeren Entwicklung fort.

Die Mindestlöhne in den 22 EU-Staaten, die über eine gesetzliche Lohnuntergrenze verfügen, sind kräftig angehoben worden: Nominal sind sie seit der zweiten Hälfte 2018 im Schnitt um 4,8 und nach Abzug der Inflation um 2,7 Prozent gestiegen. Erstmals seit sieben Jahren wurde auch der griechische Mindestlohn wieder erhöht. Lettland hat als einziges Land auf eine Anpassung verzichtet. Das zeigt der neue Mindestlohnbericht des WSI. In Deutschland ist der Mindestlohn mit 9,19 Euro pro Stunde weiterhin spürbar niedriger als in den anderen west-europäischen Euroländern, wo Arbeitgeber mindestens 9,66 Euro zahlen müssen, in Frankreich erstmals über zehn und in Luxemburg sogar 11,97 Euro. Schaut man auf die Kaufkraft, profitieren die Mindestlohnempfänger in Deutschland etwas vom im westeuropäischen Vergleich niedrigeren Preisniveau.

„Insgesamt ist innerhalb der EU bereits seit einigen Jahren ein Trend zu deutlich höheren Min-

Untergrenzen in Europa

Der gesetzliche Mindestlohn pro Stunde beträgt in ...



destlohnsteigerungen zu beobachten, der sich auch 2019 weiter fortgesetzt hat“, schreiben die WSI-Tarifexperten Thorsten Schulten und Malte Lübker. Am stärksten sei die Dynamik in den mittel- und osteuropäischen Ländern, wo die Zuwachsrate meist zwischen sieben und zehn Prozent liegen. In West- und Südeuropa reichen die Anhebungen von 1,4 Prozent in den Niederlanden bis 4 Prozent in Deutschland – allerdings für zwei Jahre, da 2018 nicht erhöht wurde – und 4,4 Prozent in Großbritannien. In Spanien wurde die Lohnuntergrenze sogar um gut 22 angehoben – mit dem erklärten Vorsatz der Regierung, den Mindestlohn im Verhältnis zum mittleren Lohn zu erhöhen. Die britische Regierung hat 60 Prozent des mittleren Lohns bis 2020 als Ziel ausgegeben.

Ab diesem Niveau können Löhne nach Ansicht von Armutsforschern als einigermaßen „existenzsichernd“ gelten. Vorschläge, europaweit ein entsprechendes Mindestniveau zu verankern, finden nach Analyse der WSI-Experten zunehmend Unterstützer. So ist im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbart, dass sich die deutsche Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr um einen „europäischen Rechtsrahmen für Mindestlöhne“ bemühen soll. ▶